



CDU Lüdenscheid | Friedrichstr. 21 | 58507 Lüdenscheid

An
die Vorsitzende des Schulausschusses und
die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses

per e-mail

Lüdenscheid, 31.10.2024

Antrag zum offenen Ganzttag in Schulen der Primarstufe

Sehr geehrte Frau Szermerski-Kasperek,
sehr geehrte Frau Tschöke,

für die kommenden Sitzungen des Schulausschusses bzw. des Jugendhilfeausschusses stellen wir unter dem o. g. Tagesordnungspunkt den folgenden Beschluss zur Abstimmung.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. eine Übersicht zu den aktuellen Betreuungsangeboten (OGS und sonstige Betreuungsformen) an den einzelnen Grundschulen zu erstellen und zur Verfügung zu stellen. Hierbei sollte die jeweilige Anzahl der betreuten Kinder, die Betreuungszeiten, die genutzten Räumlichkeiten und die Finanzierung der Träger bzw. die entstehenden Kosten berücksichtigt werden.
2. eine Übersicht über den Planungsstand an benötigten OGS-Plätzen zum Start des Rechtsanspruches ab dem 01.08.2026 und den darauffolgenden Jahren zu erstellen und zur Verfügung zu stellen.
3. eine Übersicht über die umzusetzenden baulichen Maßnahmen je Gebäude, um den Rechtsanspruch ab dem 01.08.2026 sicherstellen zu können, zur Verfügung zu stellen. Hierbei bitte auch die Zeiträume der Umsetzung der jeweiligen Baumaßnahme angeben.
4. eine Übersicht zu den Planungen, die die OGSen zukünftig durch sonstige Betreuungsformen ergänzt werden sollen, um dem Anspruch auf ein bedarfsorientiertes Betreuungsangebot nachkommen zu können.
5. den Beschluss des Rates vom 15.04.2024 aufgrund des Antrags der CDU-Fraktion vom 17.01.2024 - Punkt 4 zum 01.08.2025 umzusetzen (Zusammenlegung der Beitragssatzungen KiTa + OGS sowie ein einziges Verfahren zur Beitragserhebung).

Begründung

Zum 01.08.2026 greift der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für die Erstklässler und wird dann stufenweise jedes Jahr weiter ausgebaut. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen leider kaum Informationen zum Stand der Planungen und Umsetzungen vor. Lediglich über den Planungsstand der Grundschule Tinsberg, welcher durch die Montags-Stiftung begleitet wird, liegen Informationen vor. Ergebnisse bzw. Erkenntnisse aus diesem Prozess sollten auch bei den anderen Grundschulen Anwendung finden. In Anbetracht der zeitlichen Nähe in der die baulichen Umsetzungen zu erfolgen haben, und der personellen Situation in der Zentralen Gebäudewirtschaft ist eine Planung dringend erforderlich und zeitnah zu erstellen, um dem Rechtsanspruch gerecht werden zu können.

Da sich dieser Rechtsanspruch gem. § 24 SGB VIII nach wie vor gegen den Träger der öffentlichen Jugendhilfe richtet, ist eine abgestimmte Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung unumgänglich, die Grundlage der Planungen sein muss.

Neben dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ergeben sich aber auch verstärkt individuelle Ansprüche der Eltern auf Betreuung, die derzeit nur im Rahmen sonstiger Betreuungsformen, abgebildet werden können. Insoweit ist es erforderlich neben der OGS auch diese zu betrachten.

gez. Oliver Fröhling
(Fraktionsvorsitzender)

gez. Anja Tadday-Schlichting
(Sprecherin SCA)

gez. Christoph Weiland
(Sprecher JHA)